



BASis Info 3/2010

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Diskussion um das Afghanistan-Mandat hat die SPD besonders in der vergangenen Plenarwoche sehr beschäftigt. Das gilt für mich auch ganz persönlich. Deshalb habe ich mich am Ende bei der Abstimmung enthalten und deshalb möchte ich gerne an dieser Stelle mein Abstimmungsverhalten etwas ausführlicher erklären.

Das Abstimmungsverhalten der SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag war nicht einheitlich. Abstimmungen über Krieg und Frieden sind immer Gewissensfragen. Acht Bundestagsabgeordnete der SPD haben sich ihrer Stimme enthalten, dazu zähle auch ich.

Meine Enthaltung ist keineswegs so zu verstehen, dass mich Afghanistan nicht sonderlich interessierte oder ich keine Meinung dazu hätte. Als verantwortliche Entscheidungsträgerin interessiert mich das Thema sehr. Schließlich ist mein Bruder Berufssoldat und wir diskutieren häufig über das Afghanistan-Mandat. Von Desinteres-

se kann also wirklich keine Rede sein. Im Gegenteil! Meine Afghanistan-Enthaltung hatte folgende Gründe:

Ich halte den Strategie-Wechsel beim Afghanistan-Einsatz für sehr positiv. Bei diesem neuen Mandat hat die Bundesregierung den Anforderungen der SPD fast vollständig entsprochen: Das Mandat enthält zum ersten Mal den Strategiewechsel hin zu einem Abschluss der Afghanistan-Mission. Die Verstärkung der zivilen Aufbaumittel und der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, der Beginn des Abzugs deutscher Soldaten ab 2011 und der Abschluss ihres Einsatzes im Einklang mit den Plänen der afghanischen Regierung zwischen 2013 und 2015 wurden aufgenommen. Aus diesen Gründen hätte ich grundsätzlich mit Ja gestimmt.

ABER: Mir ist zu unsicher, wohin die Aufstockung der Soldatenzahl um 850 - und davon 350 Reserve, von der niemand so genau weiß, was sie eigentlich tun sollen - hinführen soll. Bei einem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hätte ich

sicher das Vertrauen gehabt, weil Frank-Walter Steinmeier noch im September 2009 in einem Zehn-Punkte-Plan eine Perspektive für Dauer und Ende des Einsatzes in Afghanistan formuliert hatte. Ich verteilte in dieser wichtigen Frage aber sicher keine Blankoschecks an eine schwarzgelbe Bundesregierung (insbesondere Verteidigungsminister zu Guttenberg), die mein Vertrauen spätestens bei ihrem Umgang mit den Vorfällen von Kunduz mehr als erschüttert hat.

In den kommenden zwölf Monaten der Mandatslaufzeit werden wir prüfen, ob die Bundesregierung ihre Zusagen einhält. Ich hoffe sehr, dass dieser Strategiewechsel wirkt und wir die so stark gescholtenen Menschen in Afghanistan beim friedlichen Wiederaufbau ihres Landes unterstützen können.

Ihre

Bärbel Bas

Stichwort: „NEIN zur Kopfpauschale“

Als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit kann ich sicher sagen: Angela Merkel und Guido Westerwelle planen den radikalen Umbau unseres Gesundheitswesens. CDU/CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die solidarische Krankenversicherung, in die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam einzahlen, durch eine Kopfpauschale zu ersetzen. Erst vor wenigen Tagen hat die schwarz-gelbe Koalition eine Kommission eingesetzt, die diesen Systembruch vorbereiten soll. Nach dem Willen von Merkel und Westerwelle sollen sich die Beiträge an die Krankenversicherung künftig nicht mehr nach dem Einkommen richten. Alle bezahlen das Gleiche – Manager genauso viel wie Sekretärinnen. Besonders belastet werden die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen, Arbeitslose sowie Rentnerinnen und Rentner. Ein solidarischer Ausgleich zwischen den Versicherten findet nicht mehr statt! Das finde ich unsozial und deshalb unterstütze ich natürlich die neue SPD-Kampagne „NEIN zur Kopfpauschale“.



- ◆ Die Kopfpauschale **zerstört das Solidarprinzip**.
- ◆ Die Kopfpauschale ist **ungerecht**. Geringverdiener müssen genauso viel bezahlen wie Besserverdiener.
- ◆ Die Kopfpauschale führt direkt in ein **Drei-Klassen-System**. Bessere Leistungen werden nur noch über Zusatzversicherungen zu bekommen sein und erstklassige Leistung nur noch für Privatpatienten.
- ◆ Die Kopfpauschale ist **unbezahlbar**. Ein sozialer Ausgleich über das Steuersystem würde 35 Milliarden Euro kosten. Die Mehrwertsteuer müsste um bis zu vier Prozentpunkte steigen.
- ◆ Die Mehrheit will die **sozialistische Bürgerversicherung**.
- ◆ Gesunde stehen für Kranke, Starke für

Schwache ein. Alle haben die **gleichen Rechte** auf eine gute Versorgung.

- ◆ **Alle** tragen nach Höhe ihres Einkommens zur Finanzierung bei. Wohlhabende können sich nicht mehr aus der Solidarität verabschieden.
- ◆ Wir wollen die **paritätische Finanzierung**. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen zu gleichen Teilen in die Krankenversicherung ein.
- ◆ **Keine Zusatzbeiträge mehr!** Die Krankenkassen sollen wieder voll über ihre Beiträge bestimmen können.

Unterschreiben Sie JETZT und sagen Sie Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!





„Duisburger Impulse“ starten

Meine Veranstaltungsreihe „Duisburger Impulse“ startet am 8. März um 19 Uhr in der ROWA in Rheinhausen mit einer Diskussion zum Thema „Klimawandel vor der eigenen Haustür“. Die Veranstaltung organisiere ich zusammen mit Hans Pflug und in Kooperation mit der Bürgerinitiative Saubere Luft e.V. sowie der Kreisgruppe Duisburg des BUND. Gastredner sind der SPD-Energieexperte und Träger des Alternativen Nobelpreis Hermann Scheer, bei der offenen Diskussion dabei: Norbert Bömer (BI Saubere Luft) und Ulrich Sigel (Leiter Unternehmensentwicklung DVV-Konzern).



Jugendring-Demo in der City



„Marxloh stellt sich quer“

heißt es am 27. und 28. März und ich rufe alle Menschen zur Teilnahme an der Demonstration gegen den Aufmarsch von NPD und pro NRW vor der Merkez Moschee in Marxloh auf.

Dieser Aufmarsch zerstört das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion. Als Duisburger Bundestagsabgeordnete unterstützen Hans Pflug und ich deshalb das „Marxloher Bündnis“ und werden uns mit auf die Straßen Marxlohs und gegen Rassismus stellen.

Bürgersprechstunde rollt los

Am 9. März startet meine „Rollende Bürgersprechstunde“ zusammen mit dem SPD-Ortsverein Wanheimerort im Michael Rodenstock-Haus am Posadowskyplatz 2. Alle Interessierten können ab 17 Uhr ihre Fragen und Anregungen zu allen politischen Themen direkt mit mir besprechen. Das aktuelle Thema heißt „NEIN zur Kopfpauschale“ und ich werde am Rande der Sprechstunde auch Unterschriften gegen die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung zur Gesundheitsreform sammeln. Voranmeldung mit Angabe des Gesprächsthemas bitte an mein Wahlkreisbüro .



Aschermittwoch bei der SPD

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++05.03.: Parteitag der SPD -Duisburg im Steinhof+++

+++05.03.: Frühjahrsgespräch mit Wedauer Vereinen+++

+++08.03.: Teilnahme an Aktionen zum Weltfrauentag von ASF und DGB+++

+++09.03.: Gespräch mit Schülern des Studieninstitut der Stadt Duisburg+++

+++11.03.: Preisverleihung zum Luftballonwettbewerb meines Wahlkampfes '09+++

+++11.03.: Besuch Evangelische Gemeinde Wanheim+++

++15.03.-19..03.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++ 2 2 . 0 3 . : S P D - Betriebsrätekonferenz+++

+++22.03.-26.03.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

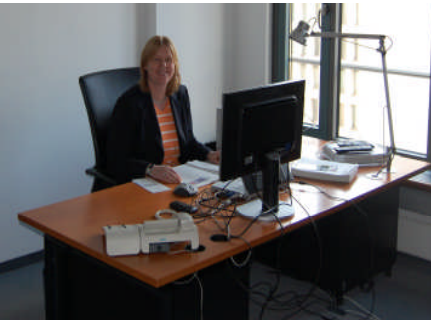
Schluss mit der Hetze

Ich bin schockiert wie sich in den vergangenen Wochen die Debatte zum Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts entwickelt hat. Mit seinen Äußerungen hat vor allem der Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle die Gesellschaft gespalten. Mit dieser Hetze gegen Arbeitssuchende muss endlich Schluss sein. Jetzt ist vielmehr der richtige Zeitpunkt für eine vernünftige Reform der Hartz IV-Gesetze.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ebnet den Weg zu mehr Chancengerechtigkeit für viele arme Kinder in Duisburg. Kinderarmut ist ein großes Problem in unserer Stadt. Kinder aus sozial-schwachen Familien brauchen daher eine alters- und bedarfsgerechte Erhöhung ihrer Hartz IV-Regelsätze. Jedes Kind verdient die gleichen Lebenschancen. Gleichzeitig gilt das Lohnabstandsgebot. Deshalb brauchen wir endlich flächende-

ckende Mindestlöhne. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss mehr bekommen als Menschen ohne Arbeit und vom Lohn leben können. Zur Arbeit- und Sozialpolitik werden Hans Pflug und ich am 23. April auch eine Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit Klaus Brandner (Ex-Staatssekretär im Arbeitsministerium) machen. Dabei werden wir auch konkret über die Probleme vor Ort in Duisburg sprechen. Weitere Infos in der nächsten BASis Info.

Neues aus meinem Tagebuch



Mein Schreibtisch, mein Telefon, mein Büro. Mit einer „kleinen“ Verzögerung habe ich jetzt meine eigenen Büroräume im Haus Unter den Linden 50 bekommen. Mein Vermieter heißt Karl Lauterbach und der hat zu mir ganz treffend festgestellt: „Wer immer in diesen Räumen seine Büros hatte, ist später AG-Sprecher geworden“.

„Das Konjunkturpaket II war unsere Idee“ fand ein CDU-Abgeordneter im Plenarsaal und mein Banknachbar schüttelte den Kopf: „Die von der CDU sagen manchmal

Sachen, die würde sich nicht mal ein Kabarettist trauen“.

Neulich wollte ich mit einem Kollegen aus NRW eine gemeinsame Veranstaltung im Landtagswahlkampf abstimmen. Sein Terminkalender war darauf wohl nicht vorbereitet: „10. Mai? Das ist einen Tag nach der Landtagswahl“. Seine Antwort: „Hatte mich schon gewundert, warum ich da frei habe“.

Auf dem Landesparteitag der NRWSPD am vergangenen Wochenende war die Stimmung hervorragend. Die „Rent a Rüttgers-Affäre“ von Jürgen Rüttgers, 99% für Hannelore Kraft und Sigmar Gabriel in Topform. Ein erfahrener Parteistrategie flüsterte mir bei seiner Rede zu: „Das ist eine echte Marktplatzrede“. Die Westfalenhalle fand das auch und stand Kopf.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Ihre Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

Baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de